

Wulff legt Sauerland Rücktritt nahe - Bewegende Trauerfeier

Berlin/Duisburg (KNA) Bundespräsident Christian Wulff hat Duisburgs Oberbürgermeister Adolf Sauerland (CDU) indirekt den Rücktritt nahegelegt. Zwar sei dessen Schuld an der Loveparade-Katastrophe nicht erwiesen, sagte Wulff der "Bild am Sonntag". "Doch unabhängig von konkreter persönlicher Schuld gibt es auch eine politische Verantwortung. Das alles wird der Oberbürgermeister genau abwägen müssen", so Wulff. Er kündigte an, er wolle ehrenamtliche Helfer auszeichnen. Für Opfer der Katastrophe regte das Staatsoberhaupt zudem einen Hilfsfonds an sowie einen Ombudsmann, der die Interessen der Hinterbliebenen etwa gegenüber Versicherungen vertritt.

Wulff nahm am Samstag gemeinsam mit Angehörigen, Rettungskräften und Spitzenpolitikern aus Bund und Ländern an der ökumenischen Trauerfeier für die Opfer der Katastrophe teil. In der evangelischen Duisburger Salvatorkirche gedachten sie der 21 Menschen, die bei einer Massenpanik am 24. Juli ums Leben gekommen waren, mehr als 500 wurden dabei verletzt.

Der katholische Essener Bischof Franz-Josef Overbeck und der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Präses Nikolaus Schneider, die der Freier vorstanden, sprachen den Hinterbliebenen und Trauernden Trost und Hoffnung zu. "Gott ist Liebe", so Overbeck, und die "Liebe ist stärker als der Tod". Sie trage auch "durch die Schrecken dieser Tage hindurch".

Die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) mahnte in einer bewegenden Rede zu einem gesellschaftlichen Umdenken. Das Wohlergehen des Menschen müsse wieder im Mittelpunkt stehen. An der Trauerfeier nahmen zudem Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) teil.

Vom Tunnel am alten Güterbahnhof, dem Ort der Katastrophe, waren das Kondolenzbuch und eine Kerze auf den Altar des Gotteshauses gebracht worden. Dort zündeten während der Liturgie Einsatzkräfte der Rettungsdienste sowie der Bischof und der Präses eine Kerze für je ein Opfer an. Die Gedenkfeier wurde auf Großleinwänden in 14 Kirchen und das Fußballstadion der Stadt übertragen.

Es sei schwer, mit dem zu leben, was geschehen sei, sagte Overbeck. Dennoch bleibe Gottes Liebe. "Sie bleibt, sie verbindet uns Menschen, miteinander und mit Gott - über den Tod hinaus", so der katholische Bischof. Schneider, der auch amtierender Ratspräsident der Evangelischen Kirche in Deutschland ist, erinnerte in seiner Ansprache an die Schreckensbilder. "Die Loveparade wurde zum Totentanz", so der Präses. Zugleich brachte er den Unmut über den Umgang mit der Katastrophe zum Ausdruck und sprach von "Erwachsenen, die wie versteinert Verantwortung von sich weg schieben".

Merkel, die vor der Feier Angehörige der Opfer getroffen hatte, äußerte sich anschließend bewegt. Die Gespräche seien ihr "sehr zu Herzen gegangen", sagte sie der "Bild am Sonntag". "Aus dem schrecklichen Ereignis von Duisburg müssen jetzt die richtigen Konsequenzen gezogen werden", so die Bundeskanzlerin. (KNA - Ikknrl-BD-1646.50MI-2)

Hinweis: Fotos unter <http://bilddb.kna-bild.de/marsKna/open.jsp?action=job&id=675768>

Overbeck: Loveparade-Unglück war kein Gottesurteil

Essen (KNA) Der Ruhrbischof Franz-Josef Overbeck hat sich gegen eine Interpretation der Loveparade-Katastrophe als Gottesurteil gewandt. Dies sei „furchtbar anmaßend und vergrößert den Schmerz aller Betroffenen“, mahnte der katholische Bischof in einem Namensbeitrag für die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ (Samstag).

Bei dem Unglück in Duisburg waren vor einer Woche 21 Menschen um Leben gekommen, 500 wurden verletzt. Overbeck leitete gemeinsam mit dem Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland, Präses Nikolaus Schneider, am Samstagmorgen die Trauerfeier für die Opfer der Katastrophe in der Duisburger Salvatorkirche.

„Als Christ und Bischof glaube ich an einen liebenden und barmherzigen Gott“, betonte Overbeck in dem Zeitungsbeitrag. Notwendig sei eine „Demut die Trauer aushält und die sich solidarisch zeigt mit allen Opfern“. Unzählige Menschen hätten das in Duisburg in dieser Woche eindrucksvoll demonstriert.

Zugleich mahnte der Bischof: „Wir brauchen eine Atmosphäre, in der auch jene Demut wachsen kann, die es erlaubt, Grenzen und Fehler von Menschen und Institutionen zu sehen und einzugestehen.“ Es erfülle ihn mit großer Sorge, „wie schnell in den letzten Tagen auf vielfältige Weise geurteilt und schuldig gesprochen wird“.

Overbeck warnte vor der Illusion, dass sich bis ins Letzte erklären lasse, warum etwas so und nicht anders geschehe. Natürlich müsse „die Wahrheit auf den Tisch“. Es sei aber illusorisch zu glauben, Katastrophen einfach erklären und damit irgendwann einmal ausschließen zu können. Als Christ sei er davon überzeugt, „dass Gott allein grenzenlos ist“. Deshalb vertraue er auch darauf, „dass Gott den Schleier des Todes in seiner Welt von uns nehmen wird“. (KNA - Ikkrl-LD-1555.43JE-1)

Bisher über 200 Beschwerden über Loveparade-Berichterstattung

München (KNA) Nach der Tragödie bei der Loveparade sind laut „Focus“ bislang 230 Beschwerden über die Berichterstattung beim Deutschen Presserat eingegangen. Mehr als 200 Eingaben wenden sich nach Angaben des Münchner Nachrichtenmagazins gegen „Bild“ und „Bild.de“. So habe die Website von „Bild“ Fotos abgedeckter Leichen gezeigt, auf denen teilweise noch Gliedmaßen zu erkennen gewesen seien. Das habe im Internet eine Welle der Empörung ausgelöst. Bei dem Unglück in Duisburg waren 21 Menschen ums Leben gekommen und mehr als 500 verletzt worden.

„Bild“-Chefredakteur Kai Diekmann sagte dem „Focus“, es sei verständlich, dass nach einem solchen Unglück viele Menschen aufgewühlt seien. „Aber so wenig, wie ein Notarzt in solchen Situationen seine Arbeit aus Gründen der Erschütterung einstellen kann, können sich Medien ihrer Berichtspflicht enthalten.“ Er erwarte „die Zurückweisung sämtlicher Beschwerden“. (KNA - Ikkrl-BD-1623.01EA-1)

Kardinal Sterzinsky verurteilt Richterspruch zu Sterbehilfe

Berlin (KNA) Der Berliner Kardinal Georg Sterzinsky hat das Sterbehilfe-Urteil des Bundesgerichtshofs kritisiert. „Es ist alarmierend, wenn Juristen 'grünes Licht' geben für aktive Sterbehilfe in Situationen, in denen der Sterbeprozess noch nicht irreversibel begonnen hat“, sagte Sterzinsky in einem am Freitag vorab veröffentlichten Beitrag für den RBB-Hörfunk. Dies sei nach katholischer Ethik nicht zu rechtfertigen. Der Bundesgerichtshof hatte im Juni entschieden, dass der Abbruch einer lebenserhaltenden medizinischen Behandlung nicht strafbar ist, wenn er auf Grundlage des Patientenwillens erfolgt. Sterzinsky betonte, es müsse nicht jede Therapiemaßnahme durchgeführt werden, wenn der Patient sie früher mit Sicherheit ausgeschlossen hätte. Aber es dürfe nichts getan werden, was den Tod herbeiführe. (KNA - Ikkrl-BD-1721.09UO-1)

Marx erinnert an Eucharistischen Weltkongress vor 50 Jahren

München (KNA) Der Münchner Erzbischof Reinhard Marx hat am Wochenende an den Beginn des 37. Eucharistischen Weltkongresses vor 50 Jahren in München erinnert. Mit seinen „wegweisenden theologischen und liturgischen Akzentsetzungen“ sei die Veranstaltung mit einer Million Besucher „ein wichtiger Schritt hin zum Zweiten Vatikanischen Konzil“ gewesen, sagte Marx bei der Eröffnung einer Ausstellung in der ehemaligen Karmeliterkirche. Daran nahm auch der damalige Münchner Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel (SPD) teil.

Der achttägige Weltkongress begann am 31. Juli 1960 und war die erste Massenveranstaltung mit internationaler Beteiligung nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland. Er stand unter dem Motto „Pro Mundi Vita - Für das Leben der Welt“. Mehr als 80.000 Teilnehmer kamen aus dem Ausland, darunter viele aus Übersee. Über die Großveranstaltung berichteten rund 1.000 Journalisten, die Eurovision übertrug Gottesdienste in die europäischen Nachbarländer. Papst Johannes XXIII., der ursprünglich selbst nach München kommen wollte, richtete am Schlußtag eine live übertragene Radioansprache an die Versammlung.

Marx unterstrich, dass auf dem Katholikentreffen der Glaube nicht einfach „dem Zeitgeist angepasst werden, sondern vielmehr in neuer Weise in seiner ganzen Kraft als Einladung für alle bezeugt werden“ sollte. Gerade im Bild vom Schlussgottesdienst, den Hunderttausende um eine Altarinsel auf der Theresienwiese feierten, sei deutlich geworden, was Kirche sei: „Um den Altar, um Christus versammeltes Gottesvolk, das der ganzen Welt zeigt, was unzerstörbar ist und was bleibt: Gottes Wort lebt und bleibt.“

Nach den Verbrechen der NS-Zeit sei die Veranstaltung ein Schritt für die Rückkehr Münchens sowie Bayerns und der Bundesrepublik in die Völkerfamilie gewesen, sagte der SPD-Politiker Hans Jochen Vogel (84) der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA). Vogel war damals Oberbürgermeister von München. Aus dem Kongress habe die Stadt auch das Selbstbewusstsein für die Ausrichtung der olympischen Sommerspiele zwölf Jahre später bezogen.

Die Jubiläumsschau „Gemeinschaft erleben - Eucharistie feiern“ des Archivs der Erzdiözese präsentiert bisher unveröffentlichte Dokumente. Dazu zählen Schriftstücke aus dem Nachlass von Kardinal Joseph Wendel, der von 1952 bis 1960 Erzbischof von München-Freising und die treibende Kraft hinter dem Kongress war. Außerdem wird der zweistündige offizielle Dokumentarfilm gezeigt.

Dazu kommen ausgewählte liturgische Objekte, darunter eine Monstranz, die im Konzentrationslager Dachau inhaftierte Priester aus Holz fertigten. Die Ausstellung ist bis 5. September zu sehen. Alle Objekte und Texte der Schau werden auf der Internetseite www.erzbistum-muenchen.de/dioezesanarchiv unter der Rubrik „Ausstellungskataloge“ dokumentiert.

Im Rahmen des Kongresses wurde auch die Todesangst-Christi-Kapelle auf dem ehemaligen Lagergelände in Dachau geweiht. Zelebrant war der damalige Münchner Weihbischof Johannes Neuhäusler, der zeitweilig selbst als Häftling im KZ Dachau war. Am 8. August feiert Erzbischof Marx in Dachau aus diesem Anlass einen Gedenkgottesdienst. (KNA - Ikkskl-BD-1246.10VU-1)

Hinweis: Fotos abrufbereit in der KNA-Bild-Datenbank auf www.kna-bild.de oder direkt mit folgendem Link: <http://bilddb.kna-bild.de/marsKna/open.jsp?action=job&id=670998>

Längerfristige Flutschäden in Pakistan erwartet

Freiburg/Berlin (KNA) Die Menschen in den Flutgebieten Nord-Pakistans werden nach Einschätzung von Caritas international noch längere Zeit auf Hilfe angewiesen sein. Weil große Teile der landwirtschaftlichen Anbaugelände völlig überschwemmt seien, könnten sie in absehbarer Zeit keine Ernte mehr erbringen, teilte das Hilfswerk am Sonntag in Freiburg mit.

Durch die schweren Fluten haben nach Angaben von Einsatzkräften bislang 870 Menschen ihr Leben verloren, etwa eine Million Menschen sollen von den Fluten betroffen, Zehntausende noch immer von der Außenwelt abgeschnitten sein. Ein Großteil der Häuser in den Flutgebieten sei von den Wassermassen zerstört worden, hieß es. Katastrophenhelfer und ein medizinisches Team der Caritas versorgen laut Angaben derzeit mehrere tausend Menschen. Für die Soforthilfe habe Caritas international 50.000 Euro zu Verfügung gestellt.

Die Bundesregierung kündigte am Samstag an, für humanitäre Soforthilfe bis zu 500.000 Euro zur Verfügung zu stellen. Mit den Mitteln sollen Notunterkünfte, Decken und Trinkwasser finanziert werden, wie Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP) in Berlin mitteilte.

Bei den Überschwemmungen handelt es sich nach Angaben des Außenamtes um die schlimmsten seit 1929. Ihnen seien bereits mehrere hundert Menschen zum Opfer gefallen. Besonders betroffen seien der Nordwesten Pakistans und Beluchistan. (KNA - lkkskl-BD-1402.52CA-1)

Nach Flut in Pakistan: Malteser befürchten Seuchen

Köln (KNA) Nach den schweren Überflutungen in Pakistan warnt der Malteser Hilfsdienst vor der Ausbreitung von Seuchen. „Die Gefahr, dass sich jetzt durch Wasser übertragene Krankheiten verbreiten oder im Extremfall sogar eine Cholera-Epidemie ausbricht, ist groß“, sagte Malteser-Präsident Constantin von Brandenstein-Zeppelin am Freitag in Köln. Die ohnehin schwierige Gesundheits- und Hygienesituation der Menschen werde durch die Überschwemmungen noch verschlimmert. „Viele Menschen haben kein Dach mehr über dem Kopf und sind von den Fluten eingeschlossen“, so Brandenstein-Zeppelin.

Allein in der Region Khyber Pakhtunkhwa im Nordwesten Pakistans sind laut den Vereinten Nationen mindestens 400.000 Menschen von den schlimmsten Überschwemmungen seit 1929 betroffen. Bislang kamen in den von heftigen Monsun-Regenfällen ausgelösten Fluten mehr als 300 Menschen ums Leben. In vielen Orten wurden Häuser, Straßen und Brücken zerstört. Die Malteser sind nach eigenen Angaben derzeit mit drei medizinischen Teams im Katastrophengebiet und leisten Nothilfe für rund 10.000 Menschen. (KNA - lkkrnk-BD-1536.44YU-1)

Ucar: Islamunterricht hilft gegen Extremismus

Koblenz (KNA) Der Osnabrücker Religionspädagoge Bülent Ucar sieht im Islamunterricht ein wirksames Mittel gegen religiösen Extremismus. Islamischer Bekenntnisunterricht könne auf dem Boden des Grundgesetzes zugleich Transparenz und das Gefühl der Anerkennung schaffen, sagte Ucar der „Rhein-Zeitung“ (Montag).

Daneben soll es aus seiner Sicht jedoch weiter Koranschulen geben. Sie leisteten mit der Vermittlung von religiösen Kenntnissen und ihrer Anwendung dasselbe wie christliche Gemeinden, so der Professor für islamische Religionspädagogik an der Universität Osnabrück. Koranschulen seien kein Gegensatz zum Islamunterricht, sondern eine Ergänzung. „Es kann aber Moscheen geben, die gegen die Grundwerte der Verfassung arbeiten, und da bietet der schulische Unterricht durchaus eine Alternative“, sagte der türkischstämmige Wissenschaftler, der auch Mitglied der Deutschen Islam Konferenz ist. (KNA - lkkskm-BD-1208.47WU-1)

Menschenrechtsbeauftragter für Verhandlungen mit Taliban

Baden-Baden (KNA) Der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Markus Löning (FDP), sieht keine Alternative zu Gesprächen mit den Taliban für Frieden in Afghanistan. „Frieden machen Sie mit dem Feind. Und am Ende des Tages wird kein Weg daran vorbeiführen, dass der eine oder andere auch in Kontakt mit den Taliban sein wird,“ sagte Löning laut einer am Freitag veröffentlichten Vorabmeldung dem Südwestrundfunk (SWR). Gespräche sollten nicht wegen mangelnder Erfolgsaussicht ausgeschlossen werden, sondern erst im Nachhinein bewertet werden, so der Politiker.

Die Abwesenheit von Krieg sei in Afghanistan schon eine Verbesserung der Menschenrechtssituation, sagte Löning. Dennoch gebe es das Problem, dass die Mehrheit im afghanischen Parlament und in der Kabuler Regierung nicht dieselben Menschenrechts-Ideale verfolge wie die Bundesregierung. Diese Ideale könnten den Afghanen nicht aufgezwungen werden, sondern die Menschen dort müssten sie selbst umsetzen wollen, so der FDP-Politiker. (KNA - Ikkrnk-BD-1830.37KI-1)

Wissenschaftler: Hochzeit vor dem Altar bindet an die Kirche

Frankfurt (KNA) Kirchliche Hochzeiten binden aus Sicht des evangelischen Theologen Konrad Merzyn auch viele nichtreligiöse Paare an die Kirche. „Eine positiv erlebte kirchliche Trauung kann das Verhältnis zur Kirche stabilisieren, und zwar gerade in der kritischen Phase, in der die Konfirmation schon weit zurückliegt und Beerdigungen noch selten sind“, sagte Merzyn der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“. Wenngleich die meisten kirchlich Getrauten eher distanzierte Kirchenmitglieder seien und vielleicht nur zu Heiligabend in den Gottesdienst gingen, hätten sie sich doch entschieden, in der Kirche zu bleiben und weiter Kirchensteuer zu zahlen. „Das sollte man nicht geringschätzen“, so der Göttinger Wissenschaftler, der untern anderem über Vorstellungen und Motive von Hochzeitspaaren geforscht hat.

Wichtiger als die Inszenierung der Feier sei den Paaren „ganz klar das Eheversprechen“, so Merzyn. Obwohl viele Partner schon vor der Hochzeit zusammenlebten, hätten sie doch das Gefühl, „dass mit dem kirchlichen Eheversprechen noch mal etwas Entscheidendes passiert“. Den meisten Paaren sei Gott wichtig und sie bauten auf dessen Unterstützung. Für manche sei der erteilte Segen eine Art Abwehrzauber. „Man weiß zwar nicht genau, was drinsteckt, aber verlässt sich darauf, dass es wirkt.“ (KNA - Ikknrl-BD-1418.22TO-1)

Cartellverband kritisiert Bund wegen Studienfinanzierung

München (KNA) Der Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen (CV) hat der Bundesregierung einen Schlingerkurs in Sachen Studienfinanzierung vorgeworfen. Das Vertrauen in die Bildungspolitik sei stark geschrumpft, sagte der Vorsitzende des CV-Studentenbundes, Guido Hermanns, am Montag in München. Um für das nationale Stipendienprogramm die Zustimmung der Länder zu bekommen, habe der Bund deren geplanten Kostenanteil übernommen. Doch jetzt werde das Programm auf ein Niveau eingedampft, das den ganzen Aufwand kaum mehr wert sei.

Mit Spannung warteten die Studierenden jetzt auf den Fortgang der Verhandlungen über die geplante BAföG-Erhöhung im Vermittlungsausschuss, so Hermanns. Auch in dieser Diskussion sei um die Verteilung der Kosten gerungen worden, wobei sich der Bund bisher nicht großzügig gezeigt habe. Dabei gehe es in diesem Fall tatsächlich darum, jungen leistungsbereiten und fähigen Menschen, deren Familien die Finanzierung einer höheren Ausbildung allein nicht schultern könnten, ein Studium zu finanzieren. - Der CV ist nach eigenen Angaben mit rund 30.000 Mitgliedern, davon etwa 4.000 Studenten, der größte Akademiker-Verband in Europa. (KNA - Ikkskm-BD-1134.28WU-1)

Westerwelle begrüßt Verbot von Streumunition

Berlin (KNA) Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FPD) hat das am Sonntag in Kraft tretende Verbot von Streumunition gewürdigt. Es sei ein „Meilenstein hin zu einer weltweiten Ächtung dieser unmenschlichen Waffen“, sagte Westerwelle am Samstag in Berlin. Zugleich rief er alle Staaten auf, sich dem Verbot schnellstmöglich anzuschließen“.

Nachdem die 30. Ratifikation im Februar erfolgte, tritt das Übereinkommen nun nach sechs Monaten in Kraft. Nach Angaben des Außenamtes haben von den bisher 106 Unterzeichnerstaaten inzwischen 37 das Abkommen ratifiziert.

Streumunition bringt durch ihre breite Flächenwirkung und die hohe Blindgängerrate besonders die Zivilbevölkerung in Gefahr. Das gilt nicht nur während des Einsatzes, sondern vor allem lange nach dem Ende militärischer Konflikte. Mit dem Übereinkommen werden der Einsatz, die Entwicklung, Herstellung und Lagerung sowie der Im- und Export von Streumunition untersagt. Die vorhandenen Bestände sind zu vernichten.

Klärungsbedarf sieht das Aktionsbündnis Landmine.de allerdings bei nicht eindeutig formulierten Paragrafen der Konvention. So verbiete das Kriegswaffenkontrollgesetz zwar jegliche Förderung der Herstellung von Streumunition, es müsse jedoch durch ein explizites Verbot von Beteiligungen, Krediten, Anleihen und anderen finanziellen Dienstleistungen präzisiert werden.

Das Aktionsbündnis hob die Rolle der Nichtregierungsorganisationen beim Zustandekommen des Vertrags hervor. „Wie schon bei den Anti-Personenminen wurde auch bei Streumunition ein Verbot einer ganzen Waffenkategorie aufgrund öffentlichen Drucks beschlossen und es wurde Völkerrecht unter Mitwirkung von Nichtregierungsorganisationen geschrieben“, betonte Thomas Küchenmeister vom Aktionsbündnis.
(KNA - Ikkrnl-BD-1452.48TO-1)

FDP will Verbot der Zwangsehe vorantreiben

Stuttgart (KNA) Der FDP-Bundestagsabgeordnete Hartfrid Wolff sieht in einem Verbot von Zwangsehen eine „aktive Integrationspolitik“. Durch einen eigenen Paragrafen würde deutlich, dass der Schutz von Grundrechten in der Ehe eine besondere Bedeutung habe, sagte der Vorsitzende des Arbeitskreises Innen und Recht der FDP-Bundestagsfraktion der „Stuttgarter Zeitung“ (Freitag).

Eine Zwangsheirat sei schwerwiegender als der bislang greifende Tatbestand der Nötigung, argumentierte der FDP-Politiker. Das Strafmaß sei indes nicht entscheidend. Wichtig sei das ausgehende Signal, dass Deutschland Zwangsehen nicht toleriere. Integration sei ein beidseitiger Prozess, so Wolff. Einwanderer müssten den bestehenden Wertekanon akzeptieren, dazu gehöre auch die Freiheit der Ehe, sagte Wolff. Politiker der schwarz-gelben Koalition drängen seit längerem auf ein gesetzliches Verbot der Zwangsehe.

Neben einem neuen Paragrafen im Strafrecht brauche es aber weitere Maßnahmen wie entsprechende Kurse oder besseren Opferschutz für zwangsverheiratete Frauen, so Wolff. Außerdem müssten Frauen, die zur Verheiratung ins Ausland verschleppt wurden, eine rechtliche Möglichkeit bekommen zurückzukehren. Nach bisherigem Recht verlieren ausländische Frauen die Aufenthaltsgenehmigung, wenn sie sich länger als ein halbes Jahr im Ausland aufhalten. Auch die Auflösung der Ehe soll erleichtert werden. Bislang ist dies binnen eines Jahres möglich.

(KNA - Ikkrnk-BD-1532.37NI-1)

Schützen: Haben uns den Nazis nicht angebiebert

Odenthal (KNA) Der Bund der Historischen Deutschen Schützenbruderschaften hat sich gegen Pauschalurteile über die Rolle von Schützenvereinen während der NS-Zeit gewandt. Die Schützen seien zwar keine Opfer des Regimes gewesen, aber als „Paradebeispiel für nazikonforme Anbiederung“ taugten sie auch nicht, sagte der Hochmeister des Bundes, Hubertus Prinz zu Sayn-Wittgenstein, am Montag in Odenthal der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA).

Hintergrund ist eine jüngst erschienene Studie des Bochumer Historikers Henning Borggräfe, der zufolge die Nationalsozialisten in den Vereinen auf besonders breite Zustimmung und Bereitschaft zur Gleichschaltung stießen.

Sayn-Wittgenstein räumte ein, dass heimatverbundene und wertkonservative Gruppen wie die Schützen anfällig für bestimmte Seiten der NS-Ideologie gewesen seien. Als Beispiel nannte er das National- und Gemeinschaftsgefühl. Auch habe es vorauseilenden Gehorsam gegeben, etwa beim Ausschluss jüdischer Mitglieder. Solches Verhalten sei unter Schützen aber nicht häufiger vorgekommen als in anderen Freizeitvereinen.

Zudem hätten Hitlerjugend und SA die Schützen als unliebsame Konkurrenz wahrgenommen und sie an den Rand gedrängt. „Und es gab viele Bruderschaften, die ihre Aktivitäten einstellten, da sie aufgrund ihrer katholischen und christlichen Ausrichtung mit dem NS-System nicht einverstanden waren“, fügte Sayn-Wittgenstein hinzu. (KNA - Ikkskm-BD-1527.09UO-1)

Hinweis: Fotos abrufbereit in der KNA-Bild-Datenbank auf www.kna-bild.de oder direkt mit folgendem Link: <http://bilddb.kna-bild.de/marsKna/open.jsp?action=job&id=679493>

July zum Vizepräsidenten des Lutherischen Weltbunds gewählt

Stuttgart/Genf (KNA) Der Landesbischof der Evangelischen Kirche in Württemberg, Frank Otfried July (56), ist zum Vizepräsidenten des Lutherischen Weltbunds (LWB) gewählt worden. Der aus 48 Mitgliedern bestehende Rat des LWB wählte am Donnerstag insgesamt sieben Vizepräsidenten für verschiedene Weltregionen, wie der LWB am Freitag in Genf mitteilte. July repräsentiert künftig die Region Mittel- und Westeuropa.

Die Norwegische Bischöfin Helga Haugland Byfluglien wurde zur Vizepräsidentin für die Region Nordeuropa gewählt, für Mittel- und Osteuropa wird künftig Tamas Fabiny, Bischof der evangelisch-lutherischen Kirche in Ungarn, zuständig sein. Der Rat wählte auch für Nord- und Südamerika, sowie für Afrika und Asien Vizepräsidenten. Die Vollversammlung des LWB, die bis Dienstag in Stuttgart getagt hatte, beschloss die Erhöhung der Zahl der Vizepräsidenten auf sieben. Bisher hatten der LWB-Präsident und der Generalsekretär ihre jeweiligen Regionen vertreten.

Der Lutherische Weltbund repräsentiert mit 145 Mitgliedskirchen in 80 Ländern rund 70 Millionen Christen. Nach Katholiken und Orthodoxen sind die Lutheraner die drittgrößte christliche Gruppierung weltweit. Sie sehen die Heilige Schrift als alleinige Quelle und Norm an. Der vom Reformator Martin Luther verfasste Katechismus gilt als zutreffende Auslegung der Bibel.

(KNA - Ikkrnk-BD-1523.39IE-1)

Wulff und Merkel bekunden Mitgefühl - Hilfe für Pakistan läuft

Bonn (KNA) Nach den schweren Überschwemmungen in Pakistan drücken Politiker ihre Bestürzung aus. Bundespräsident Christian Wulff sprach dem Land in einem Beileidsschreiben am Montag sein Mitgefühl aus. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel sandte dem Premierminister Pakistans ein Kondolenzschreiben. „Mit Anteilnahme und Trauer habe ich von den verheerenden Überschwemmungen im Norden Ihres Landes erfahren“, schrieb die Kanzlerin.

Unterdessen läuft die Hilfe im Land an. Das UN World Food Program hat mit Lebensmittelhilfen für 35.000 betroffene Familien begonnen, wie das Hilfswerk in Köln mitteilte. In den kommenden Monaten sollen bis zu 150.000 Familien mit Nahrungsmitteln versorgt werden. Derzeit erschweren der hohe Wasserpegel und zerstörte Brücken den Zugang zu den betroffenen Gebieten, meldete die Organisation.

Die Hilfsorganisation CARE ist nach eigenen Angaben mit Gesundheitsteams und mobilen Kliniken vor Ort. Mit einer lokalen Organisation habe CARE acht mobile Gesundheitsstationen geliefert. Indes warnte das Hilfswerk vor möglichen Seuchen. „CARE wird sich darauf in seiner Nothilfe konzentrieren“, sagte ein Sprecher in Bonn. Die Nothilfe für 100.000 Menschen soll demnach noch die kommenden vier Monate vor Ort sein.

Das Kinderhilfswerk UNICEF konzentriert sich unterdessen auf die Versorgung der Flutopfer mit sauberem Trinkwasser und Medikamenten. Mit einem Netzwerk lokaler Partnerorganisationen seien bislang neun Lazarette aufgebaut worden, erklärte UNICEF in Köln.

Laut einem Bericht von „Save the Children“, sind rund 400.000 Kinder vom Ansturm der Wassermassen betroffen. Die Kinderrechtsorganisation versorge obdachlose Kinder und ihre Familien und habe Gesundheitsteams in den Katastrophengebieten im Einsatz. Bei vielen Patienten hätten die Ärzte Durchfall- und Atemwegserkrankungen festgestellt.

Zusätzlich zur medizinischen Nothilfe für rund 10.000 Menschen kündigte der Malteser Hilfsdienst an, in den besonders schwer betroffenen Distrikten Swat und Kohistan in Nord-Pakistan an rund 2.000 Familien Grundnahrungsmittel verteilen, um damit das Überleben für die nächsten drei Monate zu sichern.

Nach Angaben des Auswärtigen Amtes sind die Überschwemmungen im Nordosten Pakistans die schwersten seit 1929. Mehr als 1.000 Menschen hätten bislang ihr Leben verloren. Die Vereinten Nationen schätzen, dass rund eine Million Menschen unter den Fluten leiden. Besonders betroffen seien der Nordwesten Pakistans und Beluchistan. (KNA - lkkskm-BD-1330.28BA-1)

Vatikan / Ausland / EU

Internationales Messdienertreffen in Rom hat begonnen

Vatikanstadt (KNA) In Rom hat die internationale Ministrantenwallfahrt begonnen. Zu dem Großtreffen haben sich mehr als 53.000 Mädchen und Jungen aus 17 Ländern angemeldet. Unter ihnen stellen die Deutschen mit rund 45.000 Teilnehmern das größte Kontingent. Die Wallfahrt steht unter dem Motto „Aus der wahren Quelle trinken“. Höhepunkte der Wallfahrt sind ein Abendgebet auf dem Petersplatz am Dienstag und eine Generalaudienz mit Papst Benedikt XVI. am Mittwoch.

Zum Auftakt des Treffens wurde am Montagmorgen eine Statue des Ministranten-Schutzheiligen Tarcisius vor dem Petersdom aufgestellt. Die knapp fünf Meter hohe und fünf Tonnen schwere Bronzeplastik traf auf einem Tieflader im Vatikan ein. Zuvor war das Werk des Schweizer Künstlers Bernhard Lang bei nationalen Ministrantentreffen in der Schweiz sowie in Luxemburg und Ungarn zu Gast. Die Skulptur soll am Mittwoch von Benedikt XVI. gesegnet werden und anschließend bei der römischen Calixtus-Katakombe an der Via Appia Antica ihren endgültigen Platz finden.

Organisiert wird das Großtreffen von der internationalen Messdiener-Vereinigung CIM, die in diesem Jahr ihr 50-jähriges Bestehen feiert. In den Tagen um die zentralen Veranstaltungen nehmen die einzelnen Bistumsgruppen ein kulturelles und spirituelles Rahmenprogramm wahr. Dazu reisen allein aus Deutschland mehr als 20 Bischöfe an. Auch aus Österreich und der Schweiz sowie Belgien, Luxemburg, Portugal, Serbien und der Slowakei begleiten zahlreiche Oberhirten ihre Messdienergruppen. (KNA - Ikkskm-BD-1103.30MI-1)

Missbrauchsskandal kein Thema beim Ministrantentreffen

Rom (KNA) Das internationale Ministrantentreffen in Rom wird nach Aussage der Organisatoren nicht vom Missbrauchsskandal in der katholischen Kirche überschattet. Vor dem Hintergrund der Pädophiliefälle habe es zwar Rückfragen von Eltern zur Betreuung der Jugendlichen, aber keine einzige Abmeldung gegeben, sagte der Vizepräsident des veranstaltenden Ministrantenverbands CIM, Peter Hahnen, am Montag in Rom.

Bei dem Großtreffen gehe es nicht darum, mit Zehntausenden Jugendlichen „die Reihen fest zu schließen oder die Augen vor den Problemen zu verschließen“, sagte Hahnen. Im Vordergrund stehe aber die Wallfahrt und das gemeinsame Feiern. Der Zulauf zu dem Treffen bedeute auch einen Vertrauensvorschuss und eine Verantwortung für die Beauftragten der Ministrantenpastoral.

Der Vizepräsident und Referent für Ministrantenpastoral verwies darauf, dass die Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz das Thema Pädophilie schon in der Vergangenheit in ihrer Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit aufgegriffen habe. Bereits erschienene Beiträge würden demnächst in einer eigenen Publikation noch einmal veröffentlicht. Die Ministrantenarbeit in Deutschland sei in dieser Frage „ganz gut aufgestellt“, sagte Hahnen.

CIM-Präsident Weihbischof Martin Gächter sagte, sexueller Missbrauch betreffe teils Jahrzehnte zurückliegende Vorgänge und stelle aus seiner Sicht „kein besonders aktuelles Problem für das Pfarreileben“ dar. Ein Beleg dafür sei, dass die Ministranten zahlreicher als je zuvor zu der internationalen Begegnung nach Rom kämen. (KNA - Ikkskm-BD-1356.55QO-1)

Benedikt XVI.: Streubomben-Konvention ist großer Schritt zur Abrüstung

Vatikanstadt (KNA) Papst Benedikt XVI. hat die zum 1. August in Kraft getretene Konvention gegen Streubomben begrüßt. Bei seinem Mittagsgebet am Sonntag in Castelgandolfo würdigte das Kirchenoberhaupt das internationale Abkommen als bedeutenden Schritt für die Abrüstung und das internationale humanitäre Recht. Zugleich rief Benedikt XVI. alle Regierungen auf, sich dem Bann dieser „heimtückischen Sprengwaffen“ anzuschließen. Der Papst erinnerte auch an die Opfer von Streubomben. Viele Menschen erlitten durch sie schwere körperliche und seelische Schäden oder verlören ihr Leben. Zudem behindere das Vorhandensein von Streumunition auf einem Gebiet über lange Zeit das Alltagsleben großer Bevölkerungskreise, so Benedikt XVI.

Das Streubomben-Abkommen haben bisher 108 Länder unterzeichnet und 38 Staaten ratifiziert. Der Vatikan ratifizierte mit drei weiteren Staaten die Konvention bereits unmittelbar nach ihrer Verabschiedung bei der betreffenden Konferenz im Dezember 2008 in Oslo. Nicht beigetreten sind unter anderem die USA, Russland, China, Israel, Indien und Pakistan. Die Konvention sieht ein weitgehendes Verbot von Streumunition vor, die als besonders gefährlich für Zivilisten gilt.

(KNA - Ikkski-BD-1304.14WU-1)

US-Amerikaner wird „zweiter Mann“ im Ordensministerium

Vatikanstadt (KNA) Joseph William Tobin (58), US-amerikanischer Redemptoristen-Pater und zwölf Jahre lang Oberer seines Ordens, ist am Montag vom Papst zum Sekretär der vatikanischen Ordenskongregation ernannt worden. Gleichzeitig wurde er in den Rang eines Erzbischofs erhoben. In der für die katholischen Orden und Säkularinstitute zuständigen Vatikanbehörde wird Tobin Nachfolger des italienischen Minoriten-Erzbischofs Gianfranco Agostino Gardin (66), der im vergangenen Dezember Erzbischof von Treviso in Norditalien wurde. Tobin wurde 1952 in Detroit geboren, nach seiner Priesterweihe 1979 war er dort zunächst in der Gemeindeseelsorge tätig. 1991 wurde er Generalkonsultor in der Leitung seines Ordens und 1997 dessen Generalsuperior. Dieses Amt hatte er bis 2009 inne. Zudem gehörte Tobin dem Rat für die Beziehungen zwischen der Ordenskongregation und der internationalen Union der Ordensoberen an.

Die „Kongregation für die Institute geweihten Lebens und die Gesellschaften apostolischen Lebens“ wird vom slowenischen Kardinal Franc Rode geleitet. Rode, der im nächsten Monat das 76. Lebensjahr vollendet, dürfte auch über die Pensionsgrenze von 75 Jahren hinaus noch einige Zeit im Amt bleiben, um dem neuen „zweiten Mann“ die Einarbeitung zu ermöglichen.

(KNA - Ikkskm-BD-1250.28GE-1)

Papst: Urlaub von schlechten Gewohnheiten machen

Vatikanstadt (KNA) Die Ferien sind nach den Worten von Papst Benedikt XVI. auch eine Chance, von schlechten Gewohnheiten Abstand zu nehmen. „Die Urlaubszeit gibt uns Gelegenheit, die gewohnten Bahnen zu verlassen“, sagte das Kirchenoberhaupt am Sonntag nach dem Mittagsgebet in Castelgandolfo. Dabei könne es auch um eine Abkehr „von unseren schlechten Gewohnheiten, von Zorn und Bosheit“ gehen.

„Nehmen wir den Urlaub zum Anlass, persönlich wieder zum Frieden zu kommen und dem Bild des Schöpfers in uns besser zu entsprechen“, sagte der Papst. Zudem rief er die Besucher seiner Sommerresidenz zu einem gelassenen Umgang mit zeitlichen Gütern auf. „Nichts dauert für immer, alles vergeht: die Jugend und die körperliche Kraft, Annehmlichkeiten und Machtpositionen. Das eigene Leben von derart vergänglichen Dingen abhängen zu lassen, ist deshalb Dummheit“, sagte Benedikt XVI. unter Bezug auf das Sonntagsevangelium.

(KNA - Ikkski-BD-1326.31LI-1)

Bischof Treanor: Nach Wahrheit im Nordirland-Konflikt suchen

Belfast (KNA) Der nordirische Bischof Noel Treanor hat eine internationale Untersuchung über die Beteiligung britischer Soldaten am Tod von elf katholischen Zivilisten Mitte August 1971 in Ballymurphy bei Belfast gefordert. In seiner am Wochenende auf der Internetseite der Diözese Down and Connor veröffentlichten Erklärung heißt es, viele der damals beteiligten britischen Soldaten seien sechs Monate später auch beim „Bloody Sunday“ am 30. Januar 1972 in Derry dabei gewesen. Beide Ereignisse seien maßgeblich für die gewaltsame Eskalation im Nordirlandkonflikt gewesen. Aufgrund der Hinweise von Familienangehörigen, erklärt Treanor, seien in kirchlichen Archiven einige bislang unbekannte Dokumente zu den Ereignissen entdeckt worden, darunter der Bericht des seinerzeit zuständigen Pfarrers Padraig Murphy und Tagebuchnotizen des damaligen Primas und Erzbischofs von Armagh, Kardinal William Conway (1963-77). Durch diese Dokumente, so Treanor, würden eine Reihe von offenen Fragen zum damaligen Vorgehen der britischen Soldaten gegen unbewaffnete Zivilisten aufgeworfen.

Die Familien, betont der Bischof, hätten ein Anrecht, genauere Informationen über die näheren Umstände des Todes ihrer Angehörigen zu erhalten. Darüber hinaus sei ein genaueres Wissen um die Abläufe der damaligen Ereignisse auch wichtig für die Zukunft und die Versöhnung zwischen den Menschen in Nordirland. Wenn das britische Parlament in den kommenden Monaten den kürzlich vorgelegten „Saville Report“ über den „Blutsonntag“ von Derry debattiere, hoffe er, so der Bischof, dass dies der Wahrheitsfindung dienen werde. In dem „Saville Report“ wird erstmals die britische Armee für den Tod von 14 Menschen in der nordirischen Stadt verantwortlich gemacht.

(KNA - Ikkski-BD-1122.25BA-1)

Vizekommandant der Schweizergarde verabschiedet

Vatikanstadt (KNA) Jean-Daniel Pitteloud (45), bislang Vizekommandant der päpstlichen Schweizergarde, ist am Freitagabend mit einer militärischen Zeremonie im Ehrenhof der vatikanischen Kaserne verabschiedet worden. Der Oberstleutnant wechselt nach mehr als elf Jahren bei der traditionsreichen Schutztruppe des Papstes zur Schweizer Bundespolizei. Für sie übernimmt Pitteloud eine Aufgabe im Generalsekretariat der internationalen Polizeiorganisation Interpol in Lyon. Mit der Entscheidung über einen Nachfolger im Vatikan sei erst nach der Sommerpause zu rechnen, erklärte ein Gardesprecher am Freitag auf Anfrage. Offizieller Austrittstermin von Pitteloud ist der 31. August.

Der aus dem Wallis stammende Jurist war 1999 als erster französischsprachiger Offizier in die Schweizergarde eingetreten. Gemeinsam mit Pitteloud wurde seinerzeit Oberstleutnant Elmar Mäder vereidigt. Mäder stieg später zum Gardekommandanten auf. Bei seinem Rücktritt 2008 galt Pitteloud als ein möglicher Nachfolger. Stattdessen wurde aber der sieben Jahre jüngere Deutschschweizer Daniel Rudolf Anrig aus Sankt Gallen als Kommandant berufen. Die 110 Mann starke Schweizergarde ist für Wach- und Ordnungsdienste im Vatikan zuständig, besonders auch für den Personenschutz des Papstes.

(KNA - Ikkrnk-BD-1701.10UO-1)

Kyrill I.: Hilfe für Opfer der Waldbrände nicht zweckentfremden

Moskau (KNA) Der Moskauer Patriarch Kyrill I. hat davor gewarnt, die Hilfen für die Opfer der Feuerkatastrophe in Russland zu verzögern oder gar für andere Zwecke zu verwenden. „Die für die Opfer bestimmten Gelder sind heilige Gelder“, betonte das Oberhaupt der russisch-orthodoxen Kirche am Wochenende in einer Sendung des russischen Fernsehens. Jeder unsachgemäße Zugriff auf diese Hilfsmittel sei eine „große Sünde vor Gott“, so Kyrill I. Nachdem Premierminister Wladimir Putin den von den Mitte Juli ausgebrochenen Waldbränden besonders betroffenen Menschen in der Region Nijni Novgorod Unterstützung versprochen habe, hätten die zuständigen Behörden die große Verantwortung, für den Transfer in vollem Umfang Sorge zu tragen.

KNA - Ikkski-BD-1244.37RO-1)

Manila: Mahnungen zum ersten Todestag von Corazon Aquino

Manila (KNA) Mit einem bewegenden Gottesdienst haben in der philippinischen Hauptstadt Manila zahlreiche Menschen der vor einem Jahr verstorbenen früheren Präsidentin Corazon Aquino gedacht. In seiner Predigt mahnte der heutige Erzbischof Socrates Buenaventura Villegas von Lingayen-Dagupan, ein enger Freund der Familie, ihren Sohn und jetzigen Staatspräsidenten Benigno Aquino, eine „saubere Regierung“ zu führen und dem Volk zu dienen. „Cory“ Aquino war am 1. August 2009 im Alter von 76 Jahren einem Krebsleiden erlegen. Als Symbolfigur des Massenaufstands „People Power“ gegen Diktator Ferdinand Marcos hatte die Politikerin im Februar 1986 die politische Bühne betreten. Nach dem Sturz von Marcos wurde die Witwe des ermordeten Senators und „Freiheitshelden“ Benigno „Ninoy“ Aquino als erste Frau demokratisch in das Präsidentenamt gewählt. Ihr Tod vor einem Jahr war der Beginn der politischen Karriere ihres Sohnes Benigno „Noynoy“ Aquino (50), der im Mai dieses Jahres mit großer Mehrheit zum Präsidenten gewählt worden war.

„Machen Sie es einfach für ihren Nachfolger. Sie haben es selbst erfahren, wie hart es ist, Erbe eines korrupten Systems zu sein. Tun Sie das ihrem Nachfolger nicht an“, zitierte die philippinische Tageszeitung „Inquirer“ am Sonntag aus der Predigt von Erzbischof Villegas. Dieser gehörte seinerzeit neben dem 2005 verstorbenen Kardinal Jaime Sin, von 1974 bis 2003 Erzbischof von Manila, auf kirchlicher Seite zu den Anführern des Volksaufstands gegen das Marcos-Regime. Die engagierte Katholikin Corazon Aquino führte in ihrer sechsjährigen Amtszeit als Präsidentin (1986-92) die Philippinen zur Demokratie zurück und wird bis heute vom Volk wegen ihrer Ehrlichkeit, Bescheidenheit und Gläubigkeit verehrt. Unter ihrer Nachfolgerin Gloria Macapagal Arroyo versank das Land wieder in Korruption, Vetternwirtschaft und politischer Gewalt. Präsident Benigno Aquino hat Ende voriger Woche eine „Wahrheitskommission“ eingesetzt, die die Vorwürfe gegen seine Amtsvorgängerin, darunter die der Korruption und der Wahlfälschung, aufklären soll. (KNA - Ikkskl-BD-1436.18YU-1)

Kirchenführer in Kenia fordern ein „Nein“ zur neuen Verfassung

Nairobi (KNA) Vor der Volksabstimmung über eine neue Verfassung in Kenia haben Kirchenführer zu einer Ablehnung des Entwurfs aufgerufen. Er sei in seiner derzeitigen Form nicht gut für das Land, heißt es in einem am Freitag veröffentlichten Schreiben, das unter anderem von der katholischen Bischofskonferenz, Anglikanern und evangelischen Kirchen unterzeichnet ist. Es gebe viele positive Verbesserungen in dem Entwurf. Aber das Gute sei mit bösen Abschnitten vermengt worden, die das moralische Leben und die Rechte des Landes in fundamentaler und unumkehrbarer Weise beträfen. Die vorgeschlagene Verfassung schütze weder die Heiligkeit menschlichen Lebens noch die „gesunde und moralische Bildung unserer Kinder“ noch religiöse Gleichheit.

Das Land befinde sich am Scheideweg, schreiben die Kirchenführer. Den politischen Verantwortlichen werfen sie vor, unempfindlich für die Nöte und Bedürfnisse der Menschen zu sein, und blind gegenüber den Rufen des Volkes nach einer gerechten und fairen Verfassung, die „unsere unterschiedlichen Kulturen und Religionen“ aufnehme. Kenia stimmt am 4. August in einem Referendum über die neue Verfassung ab. Kirchenführer wenden sich vor allem gegen die Passagen zum Thema Lebensrecht sowie die Anerkennung der zivilen muslimischen Gerichte.

An die Muslime gewandt werben die Kirchenführer in ihrem Schreiben gleichwohl für Einheit. Sie sehnten sich nach Fairness, Gleichheit und Harmonie. „Wir teilen die gleichen Probleme, die gleichen Träume und die gleichen Hoffnungen.“ Vor dem Verfassungsentwurf habe nichts zwischen ihnen gestanden. Sie beteten, dass auch die Muslime gegen die Verfassung stimmten.

(KNA - Ikkrnk-BD-1728.08UU-1)

Kirche: In Brasiliens Gefängnissen wird immer noch gefoltert

Brasilia/Washington (KNA) Die Brasilianische Bischofskonferenz will kommende Woche der Regierung einen Bericht über Folter und ungesetzliche Zustände in den Gefängnissen des Landes zuleiten. In dem Bericht, der für die Gefängnisseelsorge zuständigen Bischofskonferenz-Kommission seien 211 entsprechende Fälle aus dem Zeitraum 1997 bis 2009 dokumentiert, sagte der Leiter der Kommission, der Priester Valdir Joao Silveira, am Wochenende der katholischen US-Nachrichtenagentur „Catholic News Service“ (CNS). Der Bericht belege, dass in Brasiliens Haftanstalten auch 25 Jahre nach dem Ende der Militärdiktatur Menschen ohne Anklage festgehalten und misshandelt würden; so Silveira. Der Bericht stütze sich auf Angaben von Häftlingen und auf bisher unveröffentlichte Zeugenaussagen von Angehörigen. Eine genaue Zahl der Fälle sei nicht bekannt, sie könne jedoch mindestens auf das Fünffache geschätzt werden, sagte Silveira. Die Gefängnisseelsorger seien unter anderem auf Menschen gestoßen, die seit 14 Jahren ohne reguläre Anklage inhaftiert seien.

Mit der Weiterleitung dieses Berichts, so Silveira, wollten die Bischöfe Brasiliens die Regierung veranlassen, für die Beachtung internationaler Rechtsstandards zu sorgen. So habe die brasilianische Regierung zwar UN-Konventionen gegen die Folter und gegen die inhumane Behandlung von Inhaftierten unterzeichnet, doch viele Bundesstaaten hätten diese bis auf den heutigen Tag nicht für ihren Bereich ratifiziert. (KNA - Ikkskl-BD-1051.28JE-1)

Kardinal: Mexikanische Jugendliche arbeiten für Drogenkartelle

Mexiko-Stadt (KNA) Drogenkartelle entwickeln sich nach Angaben der Kirche zum wichtigsten Arbeitgeber für Jugendliche in Mexiko. In einigen Regionen des Landes hätten die Kartelle die Macht in den Unternehmen übernommen, schreibt Kardinal Norberto Rivera Carrera in dem Kirchenmagazin „Desde la fe“. Da es schwierig sei, Arbeit zu finden, flüchteten sich viele junge Menschen in die Arme der Kartelle. Viele versuchten auch, illegal in die USA einzureisen. Kritik übte der Erzbischof von Mexiko-Stadt in diesem Zusammenhang an US-Präsident Barack Obama wegen des umstrittenen Einwanderungsgesetzes in Arizona. Obama habe es versäumt, ein Zeichen gegen neue Arten von Rassismus zu setzen.

Unterdessen haben Angehörige von Vermissten in Mexiko ein neues Selbsthilfenetz gegründet. In den Büros der Diözese in Saltillo trafen sich am Wochenende Vertreter zahlreicher kirchlicher Gruppen und Menschenrechtsinitiativen, um künftig gemeinsam nach mutmaßlichen Opfern des Drogenkrieges in Mexiko zu suchen. In dem Land verschwinden täglich mehrere Menschen, die entführt oder ermordet werden. Mit 234 registrierten Morden erreichte Mexiko im Monat Juli einen neuen Höchststand an Gewaltverbrechen seit Amtsantritt der Regierung von Präsident Felipe Calderon im Dezember 2006. (KNA - Ikkskm-BD-0957.09IE-1)

Südafrikas Kirchen: Schwung der Fußball-WM soll andauern

Rom (KNA) Kirchenführer in Südafrika haben die Regierung aufgerufen, nach der gelungenen Fußballweltmeisterschaft mit der gleichen Entschlossenheit die sozialen Probleme des Landes anzugehen. Besonders dringlich seien Fragen der Bildung, der Gesundheit, der Kriminalität und grundlegender Dienstleistungen für die Bevölkerung, sagte Durban Kardinal Wilfrid Napier laut dem Presdienst der päpstlichen Missionswerke Fides am Samstag. Südafrika sei eine Gesellschaft im Übergang. Die Fußball-WM habe gezeigt, dass Südafrika eine Nation voller fähiger Menschen sei, so der Kardinal. Der anglikanische Erzbischof und Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu sagte laut Fides, der „wunderbare Weltcup“ ändere nichts an der Tatsache, dass die Mehrheit der Südafrikaner keine eigene Wohnung sowie keinen Zugang zu Schulen, Kliniken, fließendem Wasser hätten. „Wenn wir imstande wären, ein derartiges Projekt in nur sechs Jahren zu realisieren, muss man sich vorstellen, was wir in 20 Jahren hätten erreichen können“, sagte Tutu. (KNA - Ikkrnl-BD-1315.19OI-1)

Tornado fegt über Stadt von Australiens erster Heiliger hinweg

Adelaide (KNA) Geld und Gebete sollen der Mary-MacKillop-Stadt Penola in Australien nach einem Tornado helfen. In der südaustralischen Kleinstadt gründete die Ordensfrau Mary MacKillop, die im Oktober als erste Australierin heiliggesprochen wird, vor mehr als einhundert Jahren den Orden der Josefsschwestern. Am Montag zerstörte ein Tornado Teile des Städtchens. Das historische Zentrum, die katholische Kirche und rund 60 Häuser und Geschäfte wurden schwer beschädigt. Der Vorsitzende der Australischen Bischofskonferenz, Erzbischof Philip Wilson von Adelaide, rief am gleichen Tag zum Gebet für die Menschen in Penola auf. Der Premierminister des Bundesstaates Südaustralien, Mike Rann, sagte umgerechnet rund 245.000 Euro Soforthilfe zu. Die Regierung werde der Stadt umgerechnet knapp 175.000 Euro und der Kirche umgerechnet 70.000 Euro überweisen, damit Penola im Oktober „seine sehr wichtige Rolle bei den Mary-MacKillop-Feierlichkeiten spielen kann“, sagte er australischen Medien in Penola, wo er sich ein Bild über das Ausmaß der Zerstörungen machte.

Die Ordensgründerin MacKillop (1842-1909) soll am 17. Oktober als erste Australierin heiliggesprochen werden. Dem von ihr gegründeten „Orden des heiligen Josef“ gehören mittlerweile rund 1.000 Schwestern an, die sich vornehmlich in der Bildungs- und Friedensarbeit engagieren. MacKillop wurde 1995 seliggesprochen. (KNA - Ikkskm-BD-1305.58RO-1)

Caritas Australien: Hilfe für Klima-Opfer nicht kürzen

Sydney (KNA) Caritas Australien wendet sich gegen eine Kürzung der Entwicklungshilfe auf Kosten der Opfer des Klimawandels. Alleine die vergangenen zwölf Monate hätten gezeigt, wie verwundbar die pazifischen Inselstaaten durch die „zerstörerischen Auswirkungen“ der klimatischen Veränderungen seien, wurde Caritas-Geschäftsführer Jack de Groth am Montag in australischen Medien zitiert. Er äußerte sich zu einer Ankündigung von Oppositionsführer Tony Abbott, den Entwicklungshilfeetat im Falle eines Sieges bei den Parlamentswahlen am 21. August zu kürzen. Dabei geht es um Programme für Anpassungsmaßnahmen an die Folgen des Klimawandels in den pazifischen Nachbarländern Australiens.

De Groth verwies auf steigende Meeresspiegel, Sturmfluten und die Gefahr der Versalzung von Süßwasserreservoirs und landwirtschaftlichen Flächen. Dies sei ein reales Risiko für die Menschen, die selbst nicht über die Mittel verfügten, um sich dagegen zu wappnen. Länder wie Australien, die ihren Wohlstand dem Ausstoß von Treibhausgasen verdankten, hätten die Pflicht, armen Ländern beim Kampf gegen die Folgen des Klimawandels zu helfen. (KNA - Ikkskm-BD-1345.35HE-1)

Hotel und Caritas bieten Gratisferien für Benachteiligte

Luzern (KNA) Urlaub machen trotz Armut: Das katholische Hilfswerk Caritas Schweiz und eine Hotelgruppe ermöglichen sozial Benachteiligten, in die Ferien zu fahren. Wie die Caritas am Montag mitteilte, werden seit Mai bis Oktober jede Woche zwei Hotelzimmer für Familien oder Einzelpersonen zur Verfügung gestellt, die sich Ferien sonst nicht leisten könnten. Vermittelt würden die Teilnehmer von der Caritas. Lanciert wurde das Projekt nach Caritasangaben durch die Kette „Sunstar Hotels“. Die 1969 gegründete Gruppe, die neun Drei- und Viersterne-Hotels in den Schweizer Alpen führt, hatte das Projekt im vergangenen Jahr erstmals ermöglicht. Damals hatten laut Caritas 49 Erwachsene und 42 Kinder von dem Angebot profitiert. In diesem Jahr könnten 27 Erwachsene und 28 Kinder kostenfreie Urlaubstage verbringen. Benjamin Diggelmann von Caritas Schweiz hebt den integrativen Charakter des Projekts hervor: „Ferien gehören in der Schweiz einfach dazu. Dank diesem Angebot können Armutsbetroffene ebenfalls dazu gehören.“ Das Projekt solle auch im kommenden Jahr fortgeführt werden. (KNA - Ikkskm-BD-1458.17OI-1)

Kultur und Medien

Mehr Solidarität gefragt

Dokumentation über die Arbeit in einem Berliner Jugendamt

Von Monika Herrmann-Schiel (KNA)

Mainz (KNA) Teddybären, Blumen, Kerzen - schockiert trauert die Öffentlichkeit, wenn wieder ein vernachlässigtes Kind tot aufgefunden wird. Die allgemeine Empörung sucht Schuldige und findet sie nicht nur in den Eltern, sondern oft auch in den Mitarbeitern des Jugendamtes. Auf der anderen Seite sind da erschütterte Mütter und Väter, die klagen, Sozialarbeiter hätten ihnen willkürlich ihre Kinder weggenommen. Die Schuld wird einmal mehr dem Jugendamt zugewiesen. Doch wie funktioniert eigentlich dieses Amt, und wie sieht die Arbeit der Menschen aus, die sich als Fallmanager um das Wohl gefährdeter Kinder kümmern? Der Journalist und Regisseur Lutz Ackermann wollte es genauer wissen. Er hat sich über ein dreiviertel Jahr in der entsprechenden Abteilung eines großen Berliner Jugendamtes umgesehen. „Helfer im Grenzbereich - Alltag im Jugendamt Berlin-Wedding“ heißt seine Dokumentation, die das ZDF am frühen 5. August um 0.35 Uhr ausstrahlt.

Bevor er mit den eigentlichen Dreharbeiten begann, absolvierte Ackermann eine Art Praktikum im Jugendamt. Er hörte zu, erarbeitete sich Vertrauen und fand schließlich drei Sozialarbeiter und drei Klienten, die bereit waren, vor die Kamera zu gehen. Yasemin Bandow, Ute Gutjahr und Ingo Barth heißen in neudeutscher Behördensprache „Fallmanager“. Jeder von ihnen betreut 50 bis 70 Familien, in denen Vieles schief läuft. Das Spektrum der Probleme wird auch an den Klienten deutlich, um die sie sich während der Dreharbeiten kümmern. Da ist eine türkische Mutter, die ihre Kinder wochenlang in ihrer Wohnung alleine ließ, um bei ihrem neuen Mann zu sein. Da ist ein ehemaliger Intensivstrafäter, dessen Jugendhilfe ausläuft. Und da ist das zweijährige Kind, das vielleicht in eine Pflegefamilie soll, weil seine getrennt lebenden Eltern psychisch krank sind.

Was kann toleriert werden? Wieviel Vertrauen verdienen die Eltern? Was ist wirklich gut für die Kinder? Tag für Tag müssen die Fallmanager schwerwiegende Entscheidungen treffen. Häufig erleben sie dabei ein Gefühl der Hilflosigkeit. So, wenn sie wissen, dass die Wahrheit schlimmer ist als das, was sie beweisen können. Ingo Barth ist ein engagierter Mann, dem die Sorge um die Kinder manchmal Schlaflosigkeit beschert. Lutz Ackermann filmt ihn bei einem Telefonat. Barth wurde von der Lehrerin verständigt, wegen eines kleinen Mädchens, das noch nie zum Unterricht gekommen ist. Jetzt versucht er, der Mutter klar zu machen, dass sie das Kind zur Schule bringen muss. Anonym hat man ihm noch ganz andere Dinge zukommen lassen, die Grund genug wären, das Kind gleich aus der Familie zu nehmen. Doch diese Informationen kann er nicht verwenden. Er versucht es mit Überzeugung. Nach dem Gespräch stöhnt er und reibt sich die Augen.

Man müsse sich von den Mittelklassevorstellungen eines intakten Familienlebens verabschieden, hätten die Mitarbeiter ihm erzählt, so Lutz Ackermann. Es ist bewundernswert, mit wie viel Engagement die Fallmanager trotz vieler Fehlschläge ihren Klienten zur Seite stehen, obgleich sie miterleben müssen, dass viele Dauerkunden sind. Also halten sie sich an die kleinen Erfolge, um nicht zu verzweifeln und daran kaputt zu gehen. Täglich blicken die Fallmanager des Jugendamtes in die Abgründe der Gesellschaft, und es gibt nicht genügend Mittel, um nachhaltige Verbesserungen durchzusetzen. Doch es fehlt nicht nur an Geld, sondern auch an Unterstützung. Die Fallmanager stehen in ständiger Gefahr, wegen unterlassener Hilfeleistung angeklagt zu werden. Hier ist in jeder Beziehung mehr Solidarität gefragt. (KNA - Ikkskl-BD-1518.24KI-1)

Hinweis: „Helfer im Grenzbereich - Alltag im Jugendamt Berlin-Wedding“, Film von Lutz Ackermann. ZDF, Do 5.8., 0.35 Uhr- 1.20 Uhr.

Galapagos-Inseln nicht mehr bedrohtes Welterbe

Brasilia (KNA) Die Galapagos-Inseln gehören nicht mehr zum bedrohten Welterbe. Das Welterbekomitee der UN-Kulturorganisation UNESCO nahm den weltweit einzigartige Lebensraum vor Ecuador am Mittwoch (Ortszeit) bei seiner Sitzung in Brasilia von der Roten Liste. Ecuador habe wichtige Fortschritte zur Erhaltung des Naturgebietes gemacht.

Die Galapagos-Inseln wurden 2007 als bedrohtes Welterbe eingestuft. Wachsender Tourismus, Einwanderung und die Ansiedlung neuer Arten bedrohten das lebendige Museum der Evolution, hieß es damals zur Begründung. Die Galapagos-Inseln waren als eine der ersten Stätten 1978 auf die renommierte Welterbe-Liste gesetzt worden.

Die UNESCO berät bis Dienstag in Brasilia auch über mögliche neue Vergaben des prestigeträchtigen Titels. Derzeit gehören 890 Kultur- und Naturstätten zum Welterbe in 148 Staaten. Die Liste des gefährdeten Welterbes umfasst derzeit 31 Stätten. Im vergangenen Jahr war Dresden wegen des Baus der umstrittenen Waldschlößchenbrücke der Welterbetitel aberkannt worden.

(KNA - Ikkrm-BD-1149.23QO-1)

„Themba“ gewinnt UNICEF-Kinderrechtspreis

Köln (KNA) Der UNICEF-Kinderrechtspreis für Filme geht in diesem Jahr an ein Werk über Kindheit in Südafrika. Der Film „Themba - Das Spiel seines Lebens“ erzählt die Geschichte des elfjährigen Themba, der sich mit seinen Fußballkünsten aus ärmsten Verhältnissen in die Fußballnationalmannschaft Südafrikas hocharbeitet, wie das Kinderhilfswerk am Freitag in Köln mitteilte. Dabei erfährt der Junge, dass er wegen einer früheren Vergewaltigung HIV-positiv ist, und beschließt gegen die Tabuisierung von Aids anzukämpfen. In einer Nebenrolle ist auch der frühere Nationaltorwart Jens Lehmann zu sehen.

Der Film zeige ebenso unterhaltsam wie überzeugend das Leben von Kindern und Jugendlichen im südlichen Afrika zwischen Aids und Armut, heißt es in der Begründung. Regisseurin Stefanie Sycholt erhält den Kinderrechtspreis anlässlich der Deutschlandpremiere des Films am Sonntag in Köln. Seit sechs Jahren ehrt UNICEF beim internationalen Filmfestival in Sansibar den jeweils besten Film, „der am überzeugendsten die Kraft der Kinder im Kampf um ihre Rechte im südlichen Afrika ausdrückt“.

(KNA - Ikkrm-BD-1657.54DA-1)

Internationales Treffen der Orgelfreunde in Münster

Münster (KNA) In Münster findet noch bis Samstag die 58. Internationale Orgeltagung der Gesellschaft der Orgelfreunde (GDO) statt. Daran nehmen rund 280 Hochschullehrer, Kirchenmusiker, Orgelbauer und Orgelliebhaber teil, wie das Bistum mitteilte. Auf dem Programm stehen Exkursionen zu bedeutenden historischen und neuen Orgeln, Seminare sowie Konzerte.

Für Mittwoch ist den Angaben zufolge um 20.00 Uhr ein zentrales Konzert im Dom mit „Orgelmusik zu zwei und vier Händen“ geplant. Es ist für die Öffentlichkeit zugänglich. Der münstersche Domorganist Thomas Schmitz und sein Bremer Kollege und GDO-Präsident Wolfgang Baumgratz spielen Werke französischer Komponisten wie Cesar Franck, Andre Fleury und Jean Langlais. Höhepunkt soll die Erstaufführung des „Diptyque“ für zwei Organisten des Franzosen Daniel Roth sein. Der Eintritt ist frei.

(KNA - Ikkkm-BD-1346.54GE-1)

„Diego Drachenzahn“ Kinderspiel des Jahres 2010

Hamburg (KNA) „Diego Drachenzahn“ ist das „Kinderspiel des Jahres 2010“. Die „gelungene Mischung aus Geschicklichkeit, Bluff und Einschätzungsvermögen“, gepaart mit schöner Aufmachung, sorgten für hohen Spielwert, teilte der Verein „Spiel des Jahres“ am Montag in Hamburg mit.

Autor des Feuerspucker-Wettbewerbs fürs Kinderzimmer ist der frühere Gymnasiallehrer Manfred Ludwig (73), der bereits 2003 mit „Viva Topo!“ den Preis gewann. Gestaltet wurde „Diego Drachenzahn“ von dem Hamburger Grafiker Peter Braun (39). Das Spiel für zwei bis vier Mitspieler ab fünf Jahren ist im Verlag Haba (Bad Rodach) erschienen.

Der undotierte Kritikerpreis „Kinderspiel des Jahres“ wurde zum zehnten Mal verliehen. Die Verlage können gegen eine Lizenzgebühr mit dem Gütesiegel des Preises, einer blauen Spielfigur, auf dem Gewinnerspiel werben. Zielsetzung der Auszeichnung sei es, die Verbreitung des Kulturgutes Spiel in Familie und Gesellschaft zu fördern, erklärte der Verein. Dazu werde im deutschsprachigen Raum seit 1979 die Auszeichnung „Spiel des Jahres“, seit 2001 auch der Preis „Kinderspiel des Jahres“ vergeben.

Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) erklärte als Schirmherrin des Wettbewerbs, bei Brett-, Würfel- oder Rollenspielen lernten Kinder soziales Verhalten und viel über sich selbst. Im Alltag zahlreicher Kinder komme dies heute leider zu kurz, was auch auf den Einzug der elektronischen Medien im Kinderzimmer zurückzuführen sei. „Umso wichtiger ist es, Kindern zu zeigen, wie unendlich vielfältig die Welt der Spiele und des Spielens ist“, so die Ministerin. Sie würdigte das Gütesiegel „Kinderspiel des Jahres“ als gute Orientierung im oft unüberschaubaren Markt von Neuerscheinungen sowie als Garant für Spielspaß für die ganze Familie. Mit dem Siegel würden nur Spiele ausgezeichnet, die die wichtigen Kriterien Spiel, Spaß, Freude und Qualität erfüllten, erklärte Schröder.

(KNA - Ikkskm-BD-1440.06OI-1)

Korrespondentenberichte

Duisburg ist ein Ort der Trauer

Ökumenische Gedenkfeier für die 21 Toten der Loveparade

Von Johannes Schönwälder (KNA)

Duisburg (KNA) Ein Schatten liegt über der Stadt Duisburg an diesem Samstagmorgen. Das liegt nicht am bewölkten Himmel allein. Betroffenheit steht geschrieben auf den Gesichtern der Bürger und derjenigen, die von überall her gekommen sind, um zusammen ihrer Trauer in der Stadt des Loveparade-Unglücks Ausdruck zu geben. Vor genau einer Woche kamen hier 21 Menschen ums Leben.

Sicherheits- und Rettungskräfte aus ganz Nordrhein-Westfalen haben sich an allen Plätzen und Kreuzungen in der Innenstadt platziert. Mehrere hundert Menschen strömen ins Stadion, wohin die zentrale ökumenische Trauerfeier aus der Salvatorkirche auf Großleinwand übertragen wird. Ein großes schwarzes Kreuz ist am Mittelkreis ausgelegt. Andere versammeln sich in Kirchen und auf öffentlichen Plätzen. Sie weinen und liegen sich in den Armen. Es scheint, als ob ganz Duisburg an diesem Tag ein Ort der Trauer ist.

In der Innenstadtkirche haben derweil die Angehörigen und Freunde der Opfer, Mitarbeiter der Rettungsdienste, der Polizei und Notfallseelsorger Platz genommen. Gekommen sind auch Bundespräsident Christian Wulff, Bundestagspräsident Norbert Lammert, Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) und weitere Bundes- und Landtagsmitglieder. Das Kirchenlied "Aus der Tiefe rufe ich zu Dir: Herr, höre meine Klagen" soll am Beginn gesungen werden. Vielen bricht schon jetzt die Stimme. Sie heften stumm ihre Blicke auf die kleine Gruppe, die das Licht der unzähligen Kerzen aus dem Unglückstunnel am Loveparade-Gelände und das Kondolenzbuch an den Altar tragen.

"Wir alle ringen um Fassung und suchen nach Trost, nach Verstehen und Verständnis", bringt es der Präses der rheinischen Landeskirche, Nikolaus Schneider, auf den Punkt. Das Vertrauen in Gottes Gerechtigkeit und Liebe habe Risse bekommen, gesteht er ein. In überbordende Lebensfreude hinein habe der Tod am vergangenen Samstag "sein schreckliches Gesicht gezeigt". Ihr Gottvertrauen sollten die Trauernden dennoch nicht aufgeben. "Stärker als der Tod ist die Liebe." Und das Leben, das Gott den Menschen geschenkt habe, sei stärker als der Tod.

Er glaube, dass auch das Leid dieser Stunde heilen könne, ist sich auch der Essener Bischof Franz-Josef Overbeck sicher. Gott habe uns nicht bewahrt vor diesem Leid. Er gebe auch keine Antworten auf viele unserer Fragen. "Und doch heilt er und ist da - für die Toten, für die Verletzten, für die Trauernden, für die Fragenden und auch für diejenigen, die sich der Verantwortung stellen müssen."

Ein intensiver Moment des Innehaltens folgt. Nacheinander wird für jedes der 21 Opfer eine Kerze entzündet und auf den Tisch am Altar zu der großen Kerze und dem Buch mit den Trauerbotschaften gestellt. Danach treten Menschen, die am vergangenen Samstag am Loveparade-Gelände geholfen haben, Tote zu bergen und Verletzte zu retten, für die Fürbitten ans Mikrofon. Gebetet wird für die Angehörigen und Opfer, für die Retter und Seelsorger, aber auch für diejenigen, "die nicht so helfen konnten, wie sie es gerne getan hätten". Die letzte Fürbitte gilt jenen, die Verantwortung tragen. "Lass diejenigen, die an Schuld zu zerbrechen drohen, deine Barmherzigkeit erfahren."

./.

Nach dem Schlussegen tritt die Ministerpräsidentin nach vorn. Als einzige Vertreterin der Politik spricht sie an diesem Ort. Ihr kurzes Statement wird überraschenderweise zum emotionalsten Moment der Feier. Für Trost sei es vielleicht für einige der Hinterbliebenen zu früh. "Wir stehen in dieser Stunde an Ihrer Seite", sagte sie mit stockender Stimme und Tränen in den Augen an die Familien gewandt. Sie könne nachempfinden, was Eltern, Geschwister und Freunde durchlitten hätten. In dem Moment ist die Politikerin ganz Mutter.

Draußen drängen derweil Tausende zum Hauptbahnhof. Hier startet ein Trauermarsch zum Unglücksort im Tunnel. Der aber soll nach Angaben der Polizei gesperrt bleiben. Sie müssen umdrehen angesichts der unzähligen Kerzen und Transparente. Auf einem steht "Hier werdet Ihr immer bei uns sein". Trauer braucht einen Ort. (KNA - lkkskl-BD-1016.25GE-1)

Hinweis: Fotos finden Sie in der KNA-Bild-Datenbank auf www.kna-bild.de oder direkt mit folgendem Link: <http://bilddb.kna-bild.de/marsKna/open.jsp?action=job&id=675768>

Grünes Licht oder roter Stopp

Kenia entscheidet am Mittwoch über eine neue Verfassung

Von Anja Bengelstorff (KNA)

Nairobi (KNA) Kenia ist derzeit im Ausnahmezustand. Seit Wochen gibt es kein anderes Thema als den Entwurf einer neuen Verfassung, über den am Mittwoch unter dem Motto „Eine neue Verfassung, ein geeintes Kenia“ mit einer Volksabstimmung entschieden wird. Politiker scharen in Massenkundgebungen ihre Anhänger um sich, um sie auf ein Ja, symbolisiert durch die Farbe Grün, oder ein rotes Nein einzuschwören. Während sowohl Befürworter als auch Gegner Mängel in dem vorliegenden Dokument erkennen, zeigen Meinungsumfragen dennoch eine breite Zustimmung in der Bevölkerung. Viele Menschen setzen große Hoffnung in die neue Verfassung, dürsten nach einer Gesetzgebung, die ihre Interessen vertritt. Die Ungeduld ist verständlich in einem Land, das jahrzehntelang von einem übermächtigen Präsidenten regiert wurde und nach der gefälschten Präsidentenwahl vom Dezember 2007 in Gewalt versank: 1.500 Menschen starben, 300.000 verloren ihr Obdach. Eine neue Verfassung ist Teil des Friedensabkommens vom Februar 2008, das der Gewalt nach den Wahlen ein Ende setzte. Und es ist das zweite Mal, dass die Kenianer über einen neuen Verfassungsvorschlag abstimmen. Der erste Entwurf wurde 2005 von einer Mehrheit abgelehnt.

Der jetzige Entwurf sieht unter anderem vor, die Macht des Präsidenten zu beschneiden und politische Entscheidungsgewalt zu dezentralisieren. So könnte der Präsident - wie schon seit langem gefordert - nicht mehr eigenmächtig Schlüsselpositionen in der Regierung besetzen. Zudem soll eine Kommission die Landvergabe untersuchen, mit der der frühere diktatorische Staatschef Daniel arap Moi sich und seine Vertrauten begünstigte. Parlamentarier könnten bei schlechter Leistung ihren Sitz verlieren und die Rolle von Frauen würde gestärkt. Weiter wäre Abtreibung unter bestimmten Bedingungen erlaubt. Der letzte Punkt stieß auf heftige Kritik seitens der Kirchen. In einem unmittelbar vor der Abstimmung veröffentlichten Schreiben rufen die katholische Bischofskonferenz, Anglikaner und evangelische Kirchen zu einem Nein zu dem Entwurf auf. Die vorgeschlagene Verfassung schütze weder die Heiligkeit menschlichen Lebens noch die „gesunde und moralische Bildung unserer Kinder“ noch religiöse Gleichheit, heißt es darin unter anderem.

Außer der Frage des Lebensrechts bewegt die Kirchenführer vor allem die weitergehende Anerkennung ziviler muslimischer Gerichte. Ein Gegeneinander der Religionen wollen sie freilich ausschließen und bitten auch die Muslime, gegen den Entwurf zu stimmen. „Wir teilen die gleichen Probleme, die gleichen Träume und die gleichen Hoffnungen“, heißt es in dem Schreiben. Gegner wie Befürworter der neuen Verfassung rühren kräftig die Werbetrommel. Regierung und Nichtregierungsorganisationen schalten ganzseitige Zeitungsanzeigen. Mehrmals täglich wird eine Rede von Premierminister Raila Odinga im Radio wiederholt, in der er seine Landsleute auffordert, mit einer Ja-Stimme ihre Zukunft in die Hand zu nehmen. Ein als „Verfassungsfakten“ betitelter Absender versendet Details aus dem Verfassungsentwurf per SMS an Handybesitzer, obwohl diese einen solchen Service nie abonniert haben.

Abraham Rugo vom regierungsunabhängigen Institute of Economic Affairs in der Hauptstadt Nairobi hat aber ernste Zweifel, ob der Entwurf halten kann, was er der PR-Maschine zufolge verspricht. „Das Dokument zeigt eine lobenswerte Absicht, aber es ist nicht vollständig durchdacht“, sagt er und kritisiert etwa die geplante Struktur der regionalen Repräsentation. Auch äußert er die Sorge, dass es zu ethnischer Abgrenzung sowie einem noch größeren bürokratischen Apparat kommen könnte. „Die Politiker haben nicht die Absicht, Kenia eine funktionierende Struktur zu geben“, meint Rugo. „Sie spielen auf Zeit und nutzen es aus, dass wir nicht noch länger warten wollen.“

Inwieweit die neue Verfassung den Alltag der Menschen in Kenia überhaupt verbessern kann, stellt die Zeitung „Daily Nation“ in Frage. In einem Kommentar heißt es nüchtern: „Gesellschaften erzielen kein höheres Wirtschaftswachstum, nur weil eine Verfassung das fordert.“

(KNA - Ikkskm-BD-0950.52UU-1)

Ministranten bekennen Farbe

Rom erlebt ein internationales Messdiener-Treffen

Von Daniela Schurr und Burkhard Jürgens (KNA)

Rom (KNA) Rom ist bunt in diesen Tagen. Für die Farbtupfer sorgen rund 53.000 Ministrantinnen und Ministranten aus 17 Ländern. Die meisten davon stammen aus Deutschland, ein vanillefarbenes Halstuch ist ihr Erkennungszeichen. Eines davon trägt Hannah. „Wir sind heute erst mit dem Bus angekommen, das war ganz schön anstrengend“, erzählt die 14-jährige Ministrantin aus Nürtingen. Jetzt ist sie in Rom und freut sich auf die Papstaudienz am Mittwoch, „aber natürlich auch auf die Stadt und den Pool im Hotel.“

Damit macht Hannah genau das, was die Organisatoren des internationalen Messdienertreffens sich wünschen: „Die eigentliche Begegnung findet auf den Straßen und Plätzen statt“, sagt Peter Hahnen, Vizepräsident des veranstaltenden Ministrantenverbands CIM. Sein Wunsch ist, dass die Jugendlichen untereinander Kontakte knüpfen. Nach seinen Beobachtungen auf der Piazza Navona im Zentrum Roms „machen die das ganz gut“.

Den Kern der Ministrantentage bilden ein gemeinsames Abendgebet auf dem Petersplatz und eine Generalaudienz am Mittwochmorgen mit Papst Benedikt XVI. Dabei erhofft sich Hahnen ein „starkes Wort“ des Papstes zu seinen jungen Mitarbeitern - etwas, was ihr Engagement anerkennt und sie ermutigt. Denn so selbstverständlich wie vor 30 Jahren ist der Altardienst nicht mehr. „Ministranten müssen Farbe bekennen“, sagt Hahnen.

In dem Sinn ist auch Julia aus Erfurt mit Leib und Seele Messdienerin. Sie kennt die Erfahrung, dass Freunde ihren Einsatz für die Kirche nicht nachvollziehen können. „Aber ich bin schon immer in die Kirche gegangen, das gehört für mich einfach dazu.“

Ein Thema, das die Öffentlichkeit über die vergangenen Monate im Blick auf die Kirche beschäftigte, spielt beim Ministrantentreffen keine große Rolle: sexueller Missbrauch. „Abartig“ nennt Julia derartige Vergehen. Es sei wichtig, dass diese ans Tageslicht kommen. „Leider gibt es so etwas überall“, meint sie, aber entsprechende Fälle in der Kirche würden „ganz anders aufgezogen“.

Laut CIM-Vizepräsident Hahnen hatte die Missbrauchsdebatte keinerlei Auswirkungen auf die Anmeldezahlen. Man dürfe zwar nicht „die Augen vor den Problemen verschließen“, betont er unter Verweis auf die Aufklärungsarbeit der bischöflichen Ministrantenseelsorge. Im Vordergrund der aktuellen Wallfahrt stehe aber das gemeinsame Feiern und die Würdigung der Ministranten, die eben nicht einfach „lebende Kerzenhalter“ seien.

Künftig erhalten die Messdiener sogar einen eigenen Platz in Rom, zu dem sie pilgern können. Bei der Calixtus-Katakombe, wo das Grab des Ministranten-Patrons Tarcisius vermutet wird, soll ein Wallfahrtsziel für die Jugendlichen entstehen. Eine Statue des Heiligen kam schon am frühen Montagmorgen auf den Petersplatz - nach einer langen Tour durch die Schweiz, Luxemburg und zuletzt Ungarn. Nun soll sie vom Papst gesegnet werden, bevor sie am Donnerstag an der antiken Via Appia ihre endgültige Aufstellung findet.

Der Schweizer Künstler Bernhard Lang hat die Bronzestatue gestaltet, die trotz fünf Metern Höhe und einem Gewicht von fünf Tonnen unauffällig wie ein Kind vor der mächtigen Fassade des Petersdoms steht. „Ein Heiliger, zu dem man nicht aufschaut wie zu einem Helden, sondern zurückschaut

in seine Kindheit“, sagt Lang über seine Figur. Anhand von Ministranten-Fotos formte er in einem monatelangen Prozess erst kleine Modelle, dann schließlich die Urform der Plastik. In der Glockengießerei Rüetschi in Aarau wurde die Statue in sieben Teilen gegossen und zusammengesweißt. Einen Monat dauerte es, bis die Oberfläche geschliffen und patiniert war.

„Die Kinder selbst waren es, die mir wichtige Impulse für meine Arbeit gegeben haben“, sagt Lang. Im gemeinsamen Gespräch entstand die Idee, den Heiligen „als einen von uns darzustellen“. Kinder sind immer in Bewegung, wollen sich engagieren, sagt der Künstler - und genau so wollte er auch seinen Tarcisius darstellen: ein gehender Junge mit ineinandergelegten Händen. „In den Händen hält er ein Geheimnis, das wir nicht sehen, aber spüren.“ (KNA - lkkskm-BD-1704.09BA-1)

Hinweis: Fotos finden Sie in der KNA-Bild-Datenbank auf www.kna-bild.de oder direkt mit folgendem Link: <http://bilddb.kna-bild.de/marsKna/open.jsp?action=job&id=679410>

Interview

„Kein Paradebeispiel für nazikonforme Anbiederung“

Hochmeister zu Sayn-Wittgenstein über die Schützen in der NS-Zeit

Von Christoph Schmidt (KNA)

In einer neuen Studie hat der Bochumer Historiker Henning Borggräfe die Rolle der Schützenvereine während der Nazizeit untersucht. Sein Fazit: Die Nationalsozialisten trafen in den Vereinen auf breite Zustimmung und willfähiges Verhalten. Hochmeister Hubertus Prinz zu Sayn-Wittgenstein vom Bund der Historischen Deutschen Schützenbruderschaften wendet sich gegen Pauschalurteile. Im Interview der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) bestritt er am Montag in Odenthal, dass die Regimetreue in den Vereinen besonders ausgeprägt war.

KNA: Herr zu Sayn-Wittgenstein, etliche Institutionen und Verbände haben sich ihrer NS-Vergangenheit gestellt oder stellen müssen. Nun hat sich ein Historiker die Schützen vorgenommen und unangenehme Wahrheiten über ihre Nähe zum Regime herausgefunden. Hat Sie das überrascht?

Sayn-Wittgenstein: Nein. In den Jahren nach der Machtergreifung wuchs ja in der ganzen deutschen Gesellschaft die Begeisterung für Hitler und seine Bewegung. Warum hätte das gerade bei den Schützen anders sein sollen? Man sollte jedoch genau differenzieren und nicht alle Schützenbruderschaften und Vereine in einen Topf werfen.

KNA: Die Studie kommt aber zu dem Ergebnis, dass sich die Schützen aktiver als andere für die Politik der Nationalsozialisten begeisterten. Demnach glichen Schützenfeste in den Dreißiger Jahren mit ihren Hakenkreuzfahnen und Lobreden auf den „Führer“ kleinen Reichsparteitagen. Die Gleichschaltung habe quasi von selbst funktioniert.

Sayn-Wittgenstein: Es gibt auch andere Beispiele, wo sich Nazis über die mangelnde Disziplin und die fröhliche Ausgelassenheit auf Schützenfesten beschwerten. Und es gab viele Bruderschaften, die ihre Aktivitäten einstellten, da sie aufgrund ihrer katholischen und christlichen Ausrichtung mit dem NS-System nicht einverstanden waren. Natürlich waren heimatverbundene und wertkonservative Gruppen wie die Schützen anfällig für bestimmte Seiten der NS-Ideologie. Auch in den Vereinen wurden das Nationalgefühl und der Gemeinschaftsgedanke großgeschrieben...

KNA: ...und die Freude am Schießen.

Sayn-Wittgenstein: Diese Parallele würde ich nicht überbewerten. Zwischen dem volkstümlichen Sport-Schießen der Schützen und einer paramilitärischen Ausbildung besteht ein großer Unterschied. Die Bruderschaften stammen ja nicht aus einer militaristischen Tradition mit Drill und Gehorsam, sondern aus der demokratischen Bewegung des Vormärz. Sie wurden von der Hitlerjugend oder der SA gerade wegen des Schießens als unliebsame Konkurrenz wahrgenommen und an den Rand gedrängt.

KNA: Inwiefern trug die christliche Ausrichtung der Vereine dazu bei?

Sayn-Wittgenstein: Besonders in den dezidiert katholischen Vereinen trug der christliche Glaube oft dazu bei, die Nazis kritisch zu sehen. Der Unmut und die Empörung von Pfarrern und Bischöfen gegen die Methoden des Regimes - die Ermordung Behindertener, das Vorgehen gegen geistliche Orden - wurde in den Vereinen genau wahrgenommen und von vielen Brüdern geteilt. Das kam bei den Nazis nicht gut an.

KNA: Jüdische Mitglieder hatten laut Studie allerdings weniger Sympathisanten. Sie wurden sehr schnell aus den Bruderschaften ausgeschlossen.

Sayn-Wittgenstein: Bestimmt kam es immer wieder zu vorauseilendem Gehorsam von Verantwortlichen, die sich dadurch schuldig gemacht haben. Daraus einen besonders starken Antisemitismus in den Schützenvereinen abzuleiten, halte ich für falsch. Solches Verhalten kam leider überall vor, vom Tennisclub bis zum Männergesangsverein.

KNA: Anders als solchen Freizeitgruppen werfen Kritiker den Schützen allerdings vor, sie stilisierten sich bis heute zu Opfern des Regimes.

Sayn-Wittgenstein: Das halte ich ehrlich gesagt für Blödsinn. Ich kenne keinen, der ernsthaft eine Opferrolle der Schützen behauptet oder sie gar zu Widerstandskämpfern erhebt. Tatsache ist aber, dass die Schützenbünde ihre Selbstständigkeit zwangsweise einbüßten. Sie wurden per Erlass in den Deutschen Reichsverband für Leibesübungen eingegliedert und die explizit katholischen Vereine lösten sich bis 1938 entweder selbst auf oder wurden einfach verboten. So erging es auch uns als Dachverband katholischer Schützenbruderschaften und vielen unserer Mitgliedsbruderschaften. Als Paradebeispiel für nazikonforme Anbiederung taugen die Schützen jedenfalls nicht.

(KNA - lkkskm-BD-1406.58CA-1)

Hinweis: Fotos abrufbereit in der KNA-Bild-Datenbank auf www.kna-bild.de oder direkt mit folgendem Link: <http://bilddb.kna-bild.de/marsKna/open.jsp?action=job&id=679493>

Wort zum Sonntag

15. August 2010/Mariä Aufnahme in den Himmel

Gott macht uns groß

Von Adelheid Büker-Oel (KNA)

Schrifttexte: Off 11,19a; 12,1-6a.10ab; 1 Kor 15,20-27a; Lk 1,39-56

Hat der Erzengel Gabriel ein Managerseminar besucht? So überzeugend, wie er auftrat, als er Maria in Nazareth aufsuchte und ihr die Nachricht brachte, dass sie die Mutter des künftigen Messias sein würde - heute würde man ihm eine überzeugende Verkaufsstrategie bescheinigen! Sicher ist dies eine unzulässige Behauptung und keinesfalls angemessen, wenn es um die „Verkündigung des Herrn“ und dem heutigen Festtag „Mariä Aufnahme in den Himmel“ geht. Dennoch: Der Engel war so überzeugend, dass Maria „Ja“ sagt und sogar ein wunderschönes Loblied auf Gott und ihren Auftrag singt.

Einen überzeugenden Menschen präsentiert auch ein lustiger und doch tiefsinniger Kurzspielfilm aus dem Jahr 2009. Dieser beleuchtet auf seine ganz eigene Art den Zusammenhang von Verkündigung und Aufnahme Mariens in den Himmel. Der Kurzspielfilm „Mickey und Maria“ handelt von einer jungen Frau - Maria -, die zu Gast ist auf dem Kindergeburtstag des Sohnes ihrer besten Freundin. Nachdem dort alles zunächst nett verläuft, bricht plötzlich das Chaos aus, und der Geburtstag eskaliert. Maria verlässt entnervt die Feier. Sie hat sich gerade von ihrem Freund getrennt, ist emotional nicht gerade sehr stabil und zudem in Sachen Liebe recht desillusioniert.

Da verfolgt sie einer der Partygäste: der neunjährige Mickey. Er hat sich offenbar Hals über Kopf in die fast 20 Jahre ältere Frau verliebt und macht ihr auf eindrucksvolle Art und Weise Avancen. Schließlich bekommt er von seiner Angebeteten, nachdem er ihr eine ausgesprochen romantische Liebeserklärung gemacht hat, ihre Telefonnummer, um weiter Kontakt zu halten. Für den kleinen Mickey ein verheißungsvoller Anfang! Mickey hat sich aber auch ausgesprochen viel Mühe gegeben, „seine“ Maria zu überzeugen. Erstaunlich reif für seine neun Jahre stellt er Maria seine Vorzüge dar und diese - die wegen seiner Unreife ihren Ex-Freund verlassen hatte - bekommt nach und nach Respekt vor ihrem kleinen Bewunderer und kann sich seiner Charme-Offensive nicht entziehen.

Unter dem Blickwinkel eines Managers betrachtet, ist dieser Film eine Metapher für Umwerben und Verkaufen. Im Verlauf der Handlung stellt der kleine Junge sich selbst als Ware dar und verkauft sein zukünftiges, erwachsenes Ich an die junge Frau. Nicht umsonst wird dieser Film als Trainingsmedium für Managerseminare benutzt. So erfolgreich wie der kleine Mickey im Film war auch der Erzengel Gabriel.

Maria hat „Ja“ gesagt! Und die Konsequenz war nicht nur eine Telefonnummer, sondern ein ganzes Leben! Maria lässt Gott in ihrem Leben ganz und gar Raum ergreifen - ohne Angst, dass sie sich dabei selbst aufgeben müsste. Dass diese Angst sie nicht beherrscht, zeigt sich im Text des heutigen Evangeliums: Er stelle eines der schönsten Loblieder auf den großmachenden Geist Gottes dar. Im Magnificat - dem Lobgesang Mariens, das sie beim Besuch bei ihrer Cousine Elisabeth anstimmt - wird dies deutlich. /.

Elisabeth selbst könnte in diesen Lobgesang rückhaltlos einstimmen, denn auch an ihr, der schon alten und als unfruchtbar geltenden Frau, hat Gott gewirkt und sie ein Kind empfangen lassen. Ihre große Dankbarkeit über Gottes Gnade und ihre Achtung vor Maria zeigt sich darin, dass das Kind in ihrem Leib vor Freude hüpfte, als es den Gruß Marias hörte. Elisabeth preist Maria selig für ihren Glauben an Gott und seine Verheißung. Der Evangeliumstext fährt mit dem Lobgesang Mariens fort.

Dieser Text ist auch heute, 2.000 Jahre später, noch ein wunderbares Loblied auf Gottes großartiges Wirken. Im Magnificat wird nicht nur die Größe gepriesen, die Maria an sich selbst erfahren konnte. Sie weitet ihr „persönliches Credo“ aus und zeigt uns das Bild Gottes, das unsere Vorstellungen umkehrt: Er macht die Kleinen groß, er hilft den Armen und Wehrlosen, er lässt den Menschen Gerechtigkeit zukommen, er sättigt die Hungrigen und bleibt bei all dem der Gott Israels, der Gott des Volkes, das er auserwählt hat unter allen anderen Völkern.

Marias erste Worte im lateinischen Text lauten: „Magnificat anima mea dominum“ - „meine Seele macht den Herrn groß“ - er hat Großes an ihr getan. Sie hat sich ganz in seinen Dienst gestellt, empfindet das aber nicht als Einschränkung, sondern als Rettung. Maria lässt Gottes Geist ganz in ihrem Leben wirken, denn sie weiß, dass das nicht Enge bedeutet, sondern Weite.

So gesehen hat der Erzengel Gabriel schon vor 2.000 Jahren erfolgreich „verkauft“. Jedoch nicht unter den Vorzeichen, wie wir heute Verkaufen betrachten. Er konnte Maria davon überzeugen, dass sie frei wird, wenn sie Gottes Auftrag annimmt. Und Marias Identifikation mit dem „Produkt“ gipfelt schließlich in diesem wunderbaren Lobpreis, dem wir uns eigentlich nur anschließen können. Wenn wir Gott in unserem Leben groß sein lassen, dann sind auch wir groß!

(KNA - lkkrrmt-SD-0959.46CA-1)

Hinweis: Fotos finden Sie in der KNA-Bild-Datenbank auf www.kna-bild.de oder direkt mit folgendem Link: <http://bilddb.kna-bild.de/marsKna/open.jsp?action=job&id=677079>

Herausgeber:

KNA Katholische Nachrichten-Agentur GmbH Bonn,

53008 Bonn, Postfach 18 40.

Telefon: (02 28) 26 00 0-0

Fax: (02 28) 2 60 00 26

E-Mail: bonn@kna.de

Internet: www.kna.de

Chefredakteur:

Ludwig Ring-Eifel.

Chef vom Dienst:

Thomas Winkel.

Chefkorrespondent:

Christoph Strack.

Inland/Kultur/Medien:

Christoph Arens (Red. Leit.).

Joachim Heinz,

Christoph Schmidt.

Ausland:

Alexander Brüggemann (Red. Leit.).

Caroline Schulke.

AUDIOVIDEO:

Gottfried Bohl.

Online-Redaktion/KNA-Data®:

Berthold Miebach.

Archiv/Dokumentation:

Lothar Hönscheid.

Geschäftsführer:

Thomas Juncker.

Hinweis zum Urheberrecht:

© 2010 KNA. Alle Rechte vorbehalten.

Jede Weitergabe dieser Datei per E-Mail oder über eine andere Verbreitungsart gilt als Verstoß gegen das Urheberrecht und wird entsprechend geahndet. Dies gilt insbesondere für das Einstellen der Datei in ein INTRANET oder ins INTERNET. Die Wiedergabe des Inhalts dieser Datei - auch auszugsweise - ist nur mit schriftlicher Genehmigung der KNA GmbH erlaubt.